

Interview mit Dr. Andrey Kovatchev



„Wir müssen unsere Geschichte kennen.“

Dr. Andrey Kovatchev ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Anna Petersen sprach mit dem Bulgaren über die Bedeutung politischer Bildung, den Umgang der EU mit Flüchtlingen und aktuelle Herausforderungen für sein Heimatland.

Herr Dr. Kovatchev, wofür setzen Sie sich als Europaabgeordneter besonders ein?

Mir ist wichtig, dass die jüngere Generation Frieden und Demokratie nicht als gegeben betrachtet. Es können schnell wieder Konflikte auf unserem Kontinent entstehen, wenn wir vergessen, dass wir diese Werte nicht geschenkt bekommen haben. Nationalisten und Populisten könnten uns leicht wieder an den Abgrund führen. Ich plädiere nicht nur für ein gerechtes und solidarisches Europa. Im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten setze ich mich auch für eine starke europäische Außenpolitik ein. Dazu gehört die Möglichkeit zur Verteidigung: eine europäische Armee und europäische Nachrichtendienste, auch für den Kampf gegen den Terrorismus.

Welche Herausforderungen drängen aus Ihrer Sicht?

Sobald sie vorbereitet sind, müssen wir die verbliebenen Balkanländer aufnehmen. Sie sind sonst eine Quelle der Unsicherheit: Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Kosovo und Montenegro. Auch Russland ist ein Thema, das mich sehr bedrückt. Die jetzige russische Elite versucht, unter dem Namen „Eurasische Union“ die Sowjetunion wiederherzustellen, und betreibt eine Politik gegen die Europäische Union.

Auch die Frage nach dem Umgang mit Flüchtlingen stellt Europa vor Probleme.

Dabei spielt Bildung für mich eine wichtige Rolle. Wir müssen verhindern, dass

die jungen Menschen in Europa von Populisten manipuliert werden: Das sind die AfD in Deutschland, Marine Le Pen in

„Man darf nicht vergessen, dass auch Hitler 1933 durch Wahlen an die Macht gekommen ist.“

Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden ... In allen Ländern gibt es Parteien, die jetzt versuchen, aus der Migrationsproblematik Vorteile zu ziehen. Man darf nicht vergessen, dass auch Hitler 1933 durch Wahlen an die Macht gekommen ist. Das könnte sich wiederholen, wenn wir so naiv sind zu denken, einfache Entscheidungen könnten uns bei der Flüchtlingsfrage helfen.

Was kann Bildung bei diesem Thema leisten?

Politische Bildung ist wichtig. Wir müssen unsere Geschichte kennen: Auf unserem Kontinent gab es in den letzten 2.000 Jahren mehr Krieg als Frieden. Das dürfen wir nie vergessen. Die Europäische Union existiert, damit wir uns nicht mehr bekriegen, sondern zusammenarbeiten.

Woran liegt es aus Ihrer Sicht, dass Rechtspopulisten wieder so viel Gehör finden?

Sie spielen sehr geschickt mit den legitimen Ängsten der Bürger: Die Menschen fürchten angesichts des Terrorismus um ihre physische Sicherheit und sie fürchten

um ihre soziale Sicherheit durch Jobverlust und Armut. Was die Rechtspopulisten fordern, ist in einer Demokratie aber nicht durchzusetzen. Wenn sie anbieten, alle muslimischen Flüchtlinge wieder wegzuschicken, stellt sich die Frage: Wohin denn? Und wie? Kann man sich das als Paketsendung vorstellen? Die nationalen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien – in Deutschland sind das beispielsweise SPD oder CDU/CSU – dürfen es nicht zulassen, dass Populisten so mit den Ängsten der Bürger spielen. Wenn sie dieser Aufgabe nicht gewachsen sind und den Populisten zu viel Platz lassen, haben wir eine gefährliche Situation.

Was wäre aus Ihrer Sicht der richtige Umgang mit der Flüchtlingswelle?

Wir müssen alles tun, um den Konflikt in Syrien zu beenden. Dort ist der Ursprung. Eine Mauer zu bauen oder sonst was hilft

„Wir müssen verhindern, dass die jungen Menschen in Europa von Populisten manipuliert werden.“

auf Dauer nicht. Deswegen plädiere ich für eine starke europäische Außenpolitik. Europa wird nicht ernst genommen, anders als Amerika, Russland, Saudi-Arabien oder Iran. Wir sind gut darin, humanitäre Hilfe zu leisten, aber können politisch nicht viel durchsetzen. Kein EU-Land möchte seine Armee schicken, und eine eigene europäische Armee haben wir nicht. Wir müssen

unsere Kapazitäten erhöhen. Nicht um Krieg zu führen, aber um ernst genommen zu werden. Leider sind wir uns auch nicht einig. Wir haben keine starke Stimme im Syrienkonflikt.

Was passiert mit den Flüchtlingen, solange in Syrien weiterhin Krieg herrscht?

Es ist ein schwieriges Thema: Die Genfer Konventionen wurden nicht gemacht, um einen biblischen Exodus zu genehmigen. Jede Person muss beweisen, dass sie tatsächlich verfolgt wird bzw. ein Risiko für ihr Leben und ihre Familie besteht. Auf der einen Seite müssen wir humanitäre Hilfe leisten, andererseits müssen wir Millionen muslimische Flüchtlinge integrieren und verhindern, dass sich einzelne radikalisieren. Auch deshalb brauchen wir einen europäischen Nachrichtendienst. Es ist ein Skandal, dass nur fünf nationale Nachrichtendienste ihre Daten austauschen. Terrorismus hat keine Grenzen.

Welche Herausforderungen sehen Sie für Ihr eigenes Land, den ärmsten Mitgliedstaat Europas?

Zur Armut kommt die Migrationskrise. Wir haben eine gemeinsame Grenze mit

der Türkei, deshalb ist es wichtig sicherzustellen, dass das Abkommen mit der Türkei funktioniert. Die einzelnen Regionen in Bulgarien müssen ihr Wirtschaftsniveau erhöhen, in Arbeitsplätze investieren, höhere Gehälter zahlen, damit der Staat mehr einnimmt und mehr Sozialausgaben machen kann. Wir wollen aber nicht dem Beispiel Griechenland folgen. Man sollte keine Schulden machen, sondern nach den eigenen Möglichkeiten leben. Es ist nicht schön, wenn jemand für unvernünftige Politik unterstützt wird. Makroökonomisch steht Bulgarien gut da: Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt haben wir um die 25 Prozent Staatsschulden, Deutschland hat mehr als 60 Prozent.

Viele junge Bulgaren gehen zum Studieren oder Arbeiten ins Ausland. Besteht für Ihre Heimat die Gefahr eines Brain-Drain?

Ich hoffe sehr, dass einige dieser jungen Menschen später auch etwas für Bulgarien leisten werden. Die Perspektive wird sich verbessern, wenn wir mehr Gerechtigkeit schaffen. Wir brauchen eine Reform des Justizsystems. Durch die Einführung von

E-Government ließe sich die Korruption besser in Schach halten, wenn auch nicht hundertprozentig beseitigen. Auf der anderen Seite bringt das bulgarische

„Die Perspektive wird sich verbessern, wenn wir mehr Gerechtigkeit schaffen.“

Bildungssystem leider viele Leute hervor, deren Qualifikationen nicht mit den Marktbedürfnissen übereinstimmen. Die Universitäten müssen viel mehr mit der Wirtschaft zusammenarbeiten.

Zudem arbeiten viele junge Leute bei uns schwarz oder sind bereit dazu. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass an bulgarischen Schulen mehr Bürgerkunde gelehrt wird: Was sind meine Rechte/Pflichten? Warum muss man Sozialabgaben zahlen? Natürlich muss auch mehr kontrolliert und Steuersünder müssen bestraft werden. Auch das Umfeld der jungen Menschen zählt. |



Verbundenheit mit zwei europäischen Ländern – und ihren Staatsoberhäuptern: Andrey Kovatchev (M.) 2016 mit dem deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck (l.) und dem bulgarischen Präsidenten Rosen Plevneliew (r.)